

## **Frauenhaus Gütersloh fordert dringend gesetzliche Hilfe bei Gewalt**

Gleichstellungsbeauftragte und Frauenhaus Gütersloh fordern einheitliches Gewalthilfegesetz zur Bekämpfung häuslicher Gewalt.

In Gütersloh gibt es große Unruhe aufgrund der steigenden Fälle häuslicher Gewalt. Die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt und das örtliche Frauenhaus beobachten mit Besorgnis, dass ein fundamentales Gewalthilfegesetz, auf das viele gehofft haben, ins Stocken geraten ist. Dieser rechtliche Rahmen könnte zahlreiche Betroffene unterstützen, doch die Umsetzung bleibt hinter den Erwartungen zurück. „Es ist frustrierend, dass die Bundesregierung seit Jahren an diesem Thema vorbeigeht“, äußert sich Viktoria Kreckler vom Frauenhaus. „Trotz erschreckender Statistiken fehlen im Bundeshaushalt 2025 die notwendigen Mittel, im Gegensatz zu Land und Kreis.“

Die alarmierenden Zahlen zur häuslichen Gewalt machen den Handlungsbedarf deutlich. Im Jahr 2022 dokumentierte die Polizeiliche Kriminalstatistik 677 Fälle in Gütersloh, in denen Frauen Opfer von physischer, psychischer und sexualisierter Gewalt wurden. Dank neuer Daten wird zudem vermutet, dass die Dunkelziffer weit über den gemeldeten Fällen liegt. „Vielfach trauen sich Frauen nicht, Anzeige zu erstatten“, sagt Inge Trame, die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt. Dadurch wird die Dringlichkeit von präventiven Maßnahmen und der Erweiterung von Schutzangeboten mehr als deutlich.

### **Mobilisierung für ein Gewalthilfegesetz**

Angesichts dieser Situation unterstützen die Verantwortlichen landesweite Protestaktionen, die sich für die Finanzierung eines einheitlichen Gewalthilfegesetzes einsetzen. Diese Demonstrationen sind ein wichtiges Zeichen, um die Politik auf die Dringlichkeit des Themas aufmerksam zu machen. Am 9. September fand ein Protest statt, um auf die bevorstehende Lesung des Bundestages zum Bundeshaushalt vom 10. bis 13. September hinzuweisen. „Wir drängen auf ein klares politisches Bekenntnis zur Verabschiedung des Gesetzes“, erklärt Hanna Broermann vom Frauenhaus.

Die Dringlichkeit dieser Bemühungen wird durch das Bundeslagebild bekräftigt, das einen Anstieg der Partnerschaftsgewalt im Jahr 2023 belegt. Die Perspektive auf einen bundesweiten Schutzmechanismus erscheint aktuell als eine der wichtigsten Aufgaben, um Frauen wirksam gegen patriarchale Gewalt zu schützen. Inge Trame hebt die Notwendigkeit einer effektiven landesweiten Zusammenarbeit hervor, um nachhaltige Lösungen zu finden, und bekräftigt ihr Engagement als Delegierte der Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten.

Ein weiteres Mittel zur Unterstützung des Anliegens ist die Petition der Kampagne „#geldoderleben“, die von der Zentralen Informationsstelle der autonomen Frauenhäuser ins Leben gerufen wurde. Diese Petition fordert eine angemessene Finanzierung des bundesweiten Gewalthilfegesetzes und hat bereits zahlreiche Unterstützer gewonnen. Interessierte können sich auf der Webseite [www.innn.it/geldoderleben](http://www.innn.it/geldoderleben) eintragen, um die Initiativen zur Unterstützung betroffener Frauen zu fördern.

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**